

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Journal für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

1920 Nr. 339

Bezugspreis: für dieses und amsonstige Bezugs monatlich RM. 7.50, vierteljährlich RM. 22.50 im Voraus, Druck die Post. Die Postgebühren sind beizufügen.
Abnahme-Halle-Post: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Central 7801, täglich von 11 Uhr an Abnahme: 5600 und 5610. Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 6. August

Anzeigenpreis: Die Spalte, 34 mm breit, mit 6 Spalten 00 &. Die Spalte, 30 mm breit, mit 6 Spalten 100 &. Neben und unten, 10 Spalten 00 &.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernamt Amt Kurfürst Nr. 2370
Chemie Berliner Schriftleitung: — Verlag und Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale

60 Millionen für die Arbeitsunwilligen

Die Annahme des Entwaffnungsgesetzes — Eine Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge — Ferien im Reichstag

Unter den schwereren Beschränkungen, die der Schwächung unserer Wehrfähigkeit auferlegt, ist die Forderung der allgemeinen Entwaffnung der Zivilbevölkerung nicht die schwächste. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß wir in einem normalen Staate lebten, ist es das der Fall? Das wird niemand behaupten. Große Kreise des Volkes lauern nur auf das gegebene Zeichen, um die jetzige Regierung über den Gaunern zu werden und die Diktatur des Proletariats zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu brauchen sie Waffen. Die Unsozialdemokratie, die sich mit den Moskauer Sozialisten schon völlig einigt, hatte zunächst die Frage nicht und fälschlich behandelt, doch plötzlich schlug der Wind um. Den äußeren Anlaß gab die Einsetzung eines Reichskommissars, der den einzelnen Ländern die selbständige Durchführung des Gesetzes abnehmen soll. Es gibt bekanntlich einzelne Länder mit sehr radikaler Regierung, so Brandenburg und auch Thüringen. Dort scheint man ungenügend beruht zu sein von diesem Eingriff in die Landeshoheit; und nun erobert sich in der Provinz der Unsozialisten ein Sturm gegen die Diktatur des Entwaffnungskommissars. Das Abkommen von Spa soll den Verhandlungen bilden zur Aufrichtung eines schrankenlosen Ausnahmezustandes über das ganze Reich von hinten herum, kümmert die „Leipziger Volkszeitung“. Worin das Ausnahmegesetz bestehen soll, sagt sie nicht, es sei denn, daß ein Gesetz, das dem Proletariat seine Sonderrechte einräumt, nun diesem schon als Ausnahmegesetz empfunden wird.

Demnach § 6a bekommt der Reichskommissar einen vom Reichstag gewählten Beirat von 15 Personen. Der getriebene § 9 über die Befugnisse des Reichskommissars wird in der Fassung angenommen, daß er Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge und andere von ihm herangezogene Mittelstände zu erlassen hat. — Das Recht des Reichskommissars, die Abgabe eisenhaltiger Werkzeuge zu veranlassen, wird ebenfalls wiederhergestellt. Nach Beendigung der Einzelberatung erfaßt die Mehrheit gegen die Unabhängigen, daß die Mehrheit seiner Freunde für die Vorlage stimmen werde, weil sie im Sinne der Abmachungen den Spa Lage und zur Ruhe und Ordnung beitragen würde. Ein Teil der Unabhängigen lehnte das Gesetz ab, nicht, weil sie gegen die Entwaffnung seien, sondern, weil die Gewähr einer gewissen Ausführung des Gesetzes zu gering gehalten wird. In der Gesamtentscheidung wird das Gesetz mit sehr großer Mehrheit gegen die Unabhängigen, die Deutsche Volkspartei und einzelne Deutschnationalen angenommen. Darauf wird die Aussprache über die sozialdemokratische Vorberatung beschlossen. Die Arbeitslosigkeit und über den Antrag der Unabhängigen über Erwerbslosenfürsorge verlegt. Abg. Mörke (Nrn.) führt im Gegensatz zum Arbeitsminister, daß die Krisis lange dauern wird, pflichtet aber vollkommen seinen Appell an die Unternehmern bei, die sich jetzt als die freien nationalen Pflicht bewußt sein sollten und keinen Arbeiter ohne zureichende Not entlassen dürfen. Abg. Rumbach (Reichstag): Der Mangel an Brenn- und ausländischen Rohstoffen ist der Grund der Arbeitslosigkeit. Durch die Schwächung der Galuta sind alle wirtschaftlichen Grundlagen erdbebenartig erschüttert. Wir sind zu einem Arbeitsmangel geworden gegenüber den Arbeitgebern des Auslandes. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wird man mit Einfuhrbeschränkungen für ausländische Rohstoffe vorzugehen müssen. Arbeitsminister Braune: Das Realeinkommen des gesamten deutschen Volkes ist gesunken. Das ändert aber nichts daran, daß die Arbeiter relativ besser leben, als viele andere Völker, z. B. die meisten Deutschen und Amerikaner. Eine Beschäftigung der Frauen mit den Männern ist bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich, weil in der Tat nach statistischen Feststellungen der Nahrungsbedarf der Frau im Durchschnitt geringer ist als der des Mannes. Den Einkommen der Frauen bezüglich der Ausgaben zu zahlen, wird durch eine entgeltliche Zusammenfassung des Unterhaltungsbedarfes ermöglicht. Die heimische Rohstoffwirtschaft soll planmäßig geleitet werden. Bezüglich der Sozialisierung stehen wir auf dem Boden der Bedürfnisse des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli. Abg. Wallenhorst (D. Vp.): In dem Antrage der Unabhängigen sind Gesichtspunkte enthalten, über die ich diskutieren möchte. Nebenbei ist mir durch die Arbeitslosenunterstützung wachlos gewährt wurde. Die Arbeitslosenunterstützung darf schließlich nicht zu einer Ausbeutung durch die Arbeiter selbst werden. Abg. Crelacas (Dem.): Eine Arbeitslosenunterstützung würde zu erörtern sein, inwieweit sie unmittelbar in Naturalien geleistet werden kann. In den Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung darf man nicht allzu große Hoffnungen setzen. Wir hoffen, daß der sozialpolitische Ausbau für die Arbeitslosenfürsorge brauchbare Richtlinien aufstellen wird. Abg. Jand (Rehr. Vp.) tritt insbesondere für das Handwerk ein, dem aus den Reichsbetrieben mancherlei unentgeltliche Werkzeuge erwachsen. Der Arbeitsminister möchte man Herr zu werden verhindern, sonst sei eine wirtschaftliche Katastrophe unabwendbar. Abg. Reiser (Sax.): Die Zulieferungen des Ministers haben nicht die Tragweite, um Millionen von Menschen zu beruhigen. Der Minister wendet sich dann den Angriffen auf den Landwirtschaftstag zu. In der verfallenen Arbeitszeit läge die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsleistung, durch die Verlagerung der Arbeitszeit würde nur das Herz der Arbeitlosen vermindert. Die Grundlage ist die Beschaffung der Arbeit, denn jede Arbeit, die die Arbeitslosigkeit vermindert, ist unentbehrlich. Abg. Frau Reffin (Komm.) tritt für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Höhe der Unterhaltungssumme ein. Abg. Walsahn (L. S.): Der Motor des wirtschaftlichen Lebens ist nicht der Kapitalismus, sondern die Volkswirtschaft. Die faktische Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen für einen Arbeitsmangel.

nötig machen werden, den Reichstag früher einzuberufen, als in normalen Zeiten üblich sei. Er wünscht den Mitgliedern eine gute Erholung.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 5. August.
Der Reichstagsausschuß des Entwaffnungsgesetzes lehnte den Antrag, wonach der Reichstag wegen der politischen Lage sich weiter versammeln soll, ab. Das Haus wird sich bis 1. Oktober versammeln. Sollten jedoch politische Ereignisse es erforderlich machen, so ist der Reichstag selbstverständlich jederzeit wieder aufzusammeln fähig.
Der Reichstag stimmte gestern, wie unser Sonderberichterstatter berichtet, dem vom Reichstag angenommenen Gesetze zu, darunter insbesondere dem Entwaffnungsgesetz.
Im Reichstag ist ein schmerzhaftes Gefühl vorhanden, daß die Regierung in allen die politische Lage betreffenden Fragen dauernd beratend zur Seite stehen soll.

Die verzweifelte Lage Polens

Ohne Hilfe der Entente. — England verlagert nach Konzentrierung der Kräfte auf Warschau.
Ohne Hilfe baldige Kapitulation
(Von unserem Sonderberichterstatter.)
h. Basel, 5. August.
Die „Zeit Journal“ meldet, sondern die Vertreter der französischen und englischen Militärkommissionen einen Bericht an die Regierung in Paris und London über die Lage der polnischen Armee, in dem es heißt, daß der Widerstand des polnischen Heeres sich nicht abmildert. Die Truppenunterstützung durch die Alliierten die Besatzung des polnischen Heeres beruht verzweifelt ist, daß schon innerhalb einer Woche mit der Kapitulation Polens gerechnet werden kann.
h. Rotterdam, 5. August.
Die französische Regierung, meldet die Blätter weiter, habe mit der englischen in fortgesetzten Telegrammverkehr, um welche Weise man Polen zu Hilfe kommen könne. Die französische Regierung würde am liebsten sehen, wenn alle Entente-Truppen, die sich zurzeit in ostpreussischen Gebieten befinden, nach Polen marschieren, aber die englische Regierung weigert sich, auf den Wunsch einzugehen. Inzwischen sind auch Nachrichten eingelaufen, daß die polnische oberste Heeresleitung entschlossen ist, vor Warschau noch eine entscheidende Schlacht zu schlagen. Alle Regierungsmänner wurden aus Warschau nach Krakau verlegt.
w. Paris, 5. August.
Bakerewski hat erklärt, daß die Lage in Spa gegenüber dem polnischen Widerstande ein Gebot einer anderen Sprache gefordert habe, als zuvor. So ist im englischen Unterhaus geton habe. Bakerewski habe in Spa die schriftliche Erklärung erhalten, daß Großbritannien Polen helfen werde, damit seine Truppen innerhalb Polens aufgenommen werden könnten. Bakerewski fragte, wer hilft uns in diesem Augenblicke? Ich kann nur sagen: Frankreich!

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ erfährt von ihrem Londoner Korrespondenten, daß die englische Welt gegenüber dem Comitee der polnischen Angelegenheiten, Polen keinen Schaden zu überlassen und gegenüber der Regierung von Moskau die militärische Blockade anzuwenden. Es sei unmöglich, den Polen zu helfen, ihre Stärke gegenüber der roten Armee verhalte sich wie eins zu drei. Man sehe sich höchstens der Gefahr aus, daß der Fehler zu erneuern, den man bei Denkin und Bolschak begangen habe. Das sei die Ansicht der englischen Militärminister, die sich hauptsächlich in Polen befinden. Sie werde aber nicht von der französischen Militärmission geteilt.
Keine Verhandlungen ohne die Entente
h. Amsterdam, 5. August.
Die „Times“ meldet aus Warschau vom 4. Die polnische Regierung ist nicht bereit, mit den Bolschewiken über einen Frieden zu verhandeln, wenn Frankreich und England an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen.
b. Paris, 4. August.
Willard stattete Präsidenten Deschanel einen Besuch ab und hatte mit ihm eine mehr als eingehende Unterredung über die augenblickliche Lage und die zu treffenden Maßnahmen. Der zurzeit in Paris weilende frühere polnische Minister Bakerewski sagte zu einem Vertreter des „Matin“, er habe den Auftrag, im Namen Polens in London oder Paris einen Frieden abzuschließen, aber man möge sich bedenken. Zeit könne die Entente nach einem Druck ausüben und die Verhandlungen führen. Später werde das ausgefallen sein.

Der Dornmark auf Warschau
(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Wienheim, 5. August.
Der bolschewistische Dornmark auf Warschau geht fort. Die Bolschewiken sollen, wie von der Front gemeldet wird, die polnische Front zwischen Czestochowa und Suwalki durchbrochen haben. Wenn sich diese Mitteilung bewahrheiten sollte, so kann man damit rechnen, daß die bolschewistische Kavallerie vielleicht schon morgen oder übermorgen Warschau erreicht haben wird.
Der letzte amtliche militärische Bericht des Generalstabes vom 4. August, 10 Uhr abends, lautet: Die polnische Front zwischen Czestochowa und Suwalki durchbrochen haben wir unsere Offensivenerfolge fort. Infolge Truppen haben nach letzten Kämpfen den Zug überbrückt. Der Dornmark unserer Truppen auf Warschau geht ohne größeren Widerstand vor sich. Der augenblickliche politische

Angewiesen ist in der letzten Sitzung, der letzten des Sommer, das Entwaffnungsgesetz in der dritten Lesung, also endgültig angenommen worden. Der Reichstag geht in die Ferien. Die bis zum Monat Oktober dauern sollen, sofern die außenpolitische Lage nicht eine frühere Einberufung notwendig macht. Arbeitslosigkeit ist dafür vorhanden, denn gerade die kommenden Wochen werden uns Ereignisse bringen, die die Entschlüsse der Reichsregierung und bindende Beschlüsse des Reichstages notwendig machen werden. Das Verbleiben der Bolschewiken bis an die Grenze des Deutschen Reiches und ein mögliches Eingreifen der Entente in den ständigen Krieg erfordert eine Stellungnahme Deutschlands zu den Ereignissen. Man kann damit rechnen, daß die Alliierten den Korridor besetzen oder zum mindesten besetzen werden und daß die Friedensverhandlungen vielleicht abbrechen werden, daß eine neue Regelung der Bestimmungen über die Diktatur erfolgt, da ihnen die Handelsverbindung mit Deutschland sehr am Herzen liegt. Bei der Welpredung dieser Fragen wird es nun unmöglich sein, noch weitere Zeit zu verschleudern und es einfach vor gefasste Beschlüsse zu stellen, wie man das den unruherregten „Welt“ bislang getan hat. Auch die interparlamentarischen Beziehungen, die infolge der vom Reichstag schon verabschiedeten Weise eine Veränderung erfahren können, werden vielleicht eine frühere Einberufung unserer Volksvertreter notwendig machen. Es gärt überall im Lande, die „unseren Aussen“, die Bringer der „wahren Freiheit“, die den deutschen Grenzen nähern.

Der Reichstag geht also nach seiner ersten kurzen Sitzungsperiode auf nun 6 1/2 Monate Ferien. Das, was er erledigt hat, war für das deutsche Volk wenig erfreulich, da in der Kaufmann die Folgen des Schwandierens in den Gesetzesformen zu sehen waren, um uns zur Ausrichtung der Reichsfinanz Paragrafen zu zwingen. Die Stimmungen haben wieder gezeigt, daß die linke Seite des Hauses ihre frühere Taktik noch nicht aufgeben hat und über die Entente unterwirft, als deutschen Wesen nur zu jugendlichem zu machen. Aber Redner unabweislicher Hilfe haben den neuen Kampf angelegt, der sich gegen die rechte Seite zu verhalten soll, um den Alliierten zu zeigen, daß sie bereit sind, die Ferien unter Reichstagsrelaxation werden.

Deutscher Reichstag
Abg. Frau Reffin (Komm.) lehnt die Vorlage als Ausnahmezustand gegen die Arbeiter ab. Ihre Reden haben sich im Laufe der Verhandlungen noch verhärtet. Wir lehnen das Gesetz ab.
Abg. Buring (Nrn.) beantragt diese Erklärung und spricht seine Bedauern aus, daß jetzt eine weitere Woche für die Annahme des Gesetzes verhandelt werden muß.
Abg. Reiser (Sax.) erklärt, daß eine Organisation nicht im Einklang mit den Abmachungen von Spa steht und von der Regierung nicht anerkannt werde.
Abg. Walsahn (L. S.) ist nun zu Ende gekommen, wonach der Reichskommissar nur die Arbeitslosen für sich und die zur Ausrichtung ihres Berufs mit Waffen versehenen Beamten für sich selbst ist.
Die Bestimmung des § 2, nach der der Reichskommissar feilschen möge militärischen und politischen Organisationen von der Wehrdienstpflicht befreit sein, wird abgelehnt.

Abg. Crelacas (Dem.): Eine Arbeitslosenunterstützung würde zu erörtern sein, inwieweit sie unmittelbar in Naturalien geleistet werden kann. In den Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung darf man nicht allzu große Hoffnungen setzen. Wir hoffen, daß der sozialpolitische Ausbau für die Arbeitslosenfürsorge brauchbare Richtlinien aufstellen wird.
Abg. Jand (Rehr. Vp.) tritt insbesondere für das Handwerk ein, dem aus den Reichsbetrieben mancherlei unentgeltliche Werkzeuge erwachsen. Der Arbeitsminister möchte man Herr zu werden verhindern, sonst sei eine wirtschaftliche Katastrophe unabwendbar.
Abg. Reiser (Sax.): Die Zulieferungen des Ministers haben nicht die Tragweite, um Millionen von Menschen zu beruhigen. Der Minister wendet sich dann den Angriffen auf den Landwirtschaftstag zu. In der verfallenen Arbeitszeit läge die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsleistung, durch die Verlagerung der Arbeitszeit würde nur das Herz der Arbeitlosen vermindert. Die Grundlage ist die Beschaffung der Arbeit, denn jede Arbeit, die die Arbeitslosigkeit vermindert, ist unentbehrlich.
Abg. Frau Reffin (Komm.) tritt für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Höhe der Unterhaltungssumme ein.
Abg. Walsahn (L. S.): Der Motor des wirtschaftlichen Lebens ist nicht der Kapitalismus, sondern die Volkswirtschaft. Die faktische Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen für einen Arbeitsmangel.
Arbeitsminister Braune: Das Reich wird 36 Mill. Mann für diejenigen dauernd Erwerbslos zur Verfügung stellen, die zureichende zu verlangen haben. Diese 36 Millionen werden den einzelnen Ländern zur Verteilung überwiesen in der Voraussetzung, daß auch sie nach einem Zufußstande, so daß man in ganzen zu einem Fonds von 60 Millionen kommt.
Ein Schlüsselvertrag wird angenommen.
Der Antrag der Unabhängigen wird dem Selbstwirtschaftsausschuß überwiesen.
Präsident Lohse eröffnet und erklärt die Ernennung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selber zu bestimmen. Er hofft, daß die Ereignisse jenseits der Grenze, die Bestellungen in Bezug auf die inneren Angelegenheiten es nicht



